

18.09

Abgeordneter Alois Stöger, diplômé (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ich spreche zum TOP 24. Da geht es darum, Änderungen betreffend die Mutterschutzbetriebshilfen im GSVG und im BSVG zu beschließen. Das ist an sich ein guter Vorschlag, den wir auch gerne unterstützen wollen. Wir haben aber eine getrennte Abstimmung verlangen müssen, weil die Regierungsparteien schon wieder etwas tun, das eigentlich im ganzen Sozialversicherungsrecht nicht üblich ist.

Wir haben in Österreich ein Leistungsrecht, das der Nationalrat beschließt, und bei der bäuerlichen Betriebsrente macht man eine Änderung. Erstmals wird nicht mehr der Nationalrat darüber befinden, wie das Leistungsrecht ist, sondern zufälligerweise nur der Herr Bundesminister. Man will das Parlament in dieser Frage ausschalten. Wenn man im ASVG eine solche Regelung macht, braucht es immer die Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates. Bei den Arbeitern oder bei den Angestellten geht es ohne Parlament nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Ausschuss sehr deutlich gesagt: Wir reichen euch die Hand! Regelt es bis heute! – Ihr habt nichts gemacht. Die Regierung sagt zwar immer, sie geht eh auf die Opposition zu. Nein, wir wollen das gleiche Recht für alle haben, daher wollen wir eine getrennte Abstimmung und behalten uns auch vor, sehr kritisch darauf zu schauen. Es kann nicht sein, wie es die Kollegin formuliert hat, dass man übers Hintertür für die Bauern wieder Sonderrechte einführt, die alle anderen nicht haben. Ansonsten ist der Gesetzesvorschlag in Ordnung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

18.11

Präsidentin Doris Bures: Nun gelangt Frau Abgeordnete Rebecca Kirchbaumer zu Wort. – Bitte.